

# Israel erklärt palästinensischen Menschenrechtsgruppen den Krieg

Ali Abunimah und Maureen Clare Murphy, [electronicintifada.net](http://electronicintifada.net), 22.10.21

**Israels Verteidigungsminister Benny Gantz hat am Freitag sechs prominente palästinensische Menschenrechtsgruppen zu „terroristischen Organisationen“ erklärt.**

Mary Lawlor, die UN-Sonderbericht-erstatte<sup>r</sup>in für Menschenrechtsvertei- diger, reagierte am Freitag auf die „beunruhigenden Nachrichten“ mit den Worten, dass „Menschenrechtsverteidiger keine Terroristen sind und niemals auf diese Weise verleumdet werden sollten“.

In dem Erlass des Verteidigungsministeriums werden die Gruppen beschuldigt, „als Arm der Volksfront für die Befreiung Palästinas“ zu dienen, einer linken politischen Partei, die vom Staat Israel, den USA und der Europäischen Union wegen ihrer Ablehnung einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel verboten wurde.

Einige der sechs ins Visier genommenen Gruppen - *Al-Haq, Addameer, Defense for Children International Palestine, die Union of Palestinian Women Committees, die Union of Agricultural Work Committees* und *das Bisan Center for Research and Development* - haben bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Westbank und Gaza eng mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zusammengearbeitet.

Gantz' Verhalten könnte vom IStGH untersucht werden, da er zweimal größere Massaker an Palästinensern im Gazastreifen verübt hat, als Stabschef der Armee im Jahr 2014 und als Verteidigungsminister Anfang dieses Jahres, als er schwor, dass „keine Person, kein Gebiet und keine Nachbarschaft in Gaza immun ist“.

Mary Lawlor, die UN-Sonderbericht-erstatte<sup>r</sup>in für Menschenrechtsverteidiger, reagierte am Freitag auf die „beunruhigenden Nachrichten“ mit den Worten, dass „Menschenrechtsverteidiger keine Terroristen sind und niemals auf diese Weise verleumdet werden sollten“.

Zu den betroffenen Gruppen gehören „wichtige Partner“ des UN-Menschenrechtsbüros in der Westbank und im Gazastreifen. Das UN-Büro erklärte, dass die Terrorbezeichnung „extrem vage oder irrelevante Gründe auflistet, darunter völlig friedliche und legitime Aktivitäten wie die Bereitstellung von Rechtshilfe und die ‚Förderung von Schritten gegen Israel in der internationalen Arena‘.“ Die

Einstufung bedeute eine ernsthafte Beeinträchtigung der Arbeit dieser Gruppen und kann die Sicherheit ihrer Mitarbeiter und der Opfer und Zeugen, für die sie sich einsetzen, gefährden.

### **Palästinensische Gruppen diffamiert und sabotiert**

Israel versucht seit langem, die Arbeit palästinensischer Menschenrechtsgruppen, die sich für ein Ende der israelischen Straffreiheit einsetzen, zu diffamieren und zu blockieren, indem hochrangige israelische Persönlichkeiten und Lobbygruppen diese Gruppen grundlos beschuldigen, den Internationalen Strafgerichtshof als „Waffe“ gegen die USA und Israel einzusetzen.

Ende Juli durchsuchten israelische Besatzungstruppen die Büros von *Defense for Children International Palestine* in der Westbank und beschlagnahmten Computer und Akten von Mandanten.

*Defense for Children International Palestine* untersucht und berichtet über Menschenrechtsverletzungen an palästinensischen Kindern durch israelische und palästinensische Behörden und bietet „Rechtsberatung für Kinder in dringenden Fällen“.

Die israelischen Streitkräfte haben in diesem Jahr bereits mehr als 80 palästinensische Kinder in der Westbank und im Gazastreifen getötet, und Israel hält derzeit rund 200 palästinensische Kinder fest.

Ebenfalls Ende Juli durchsuchten die Besatzungstruppen die Büros des Bisan-Zentrums für Forschung und Entwicklung und beschlagnahmten Ausrüstung und Akten.

Im selben Monat verhaftete Israel gewaltsam Shatha Odeh, die Leiterin der *Health Work Committees*, einer Gruppe, die Tausenden von Palästinensern Gesundheitsdienste zur Verfügung stellt. Odeh ist auch Vorsitzende des palästinensischen NGO-Netzwerks, einer Dachorganisation, die Dutzende von palästinensischen Gruppen vertritt.

Die gegen Odeh vorgebrachten Anschuldigungen beziehen sich auf ihre „Führungsrolle in den *Health Work Committees*, die auf israelischen Militärbefehl hin als unrechtmäßig eingestuft wurden“, erklärte *Addameer* im August.

Die 60-jährige Odeh sei in israelischer Haft „Misshandlungen und medizinischer Vernachlässigung ausgesetzt“ gewesen, so *Addameer*.

*Addameer*, die sich für die Rechte von Tausenden von Palästinensern einsetzen, die von Israel ständig als politische Gefangene festgehalten werden, ist ein Hauptziel der staatlichen Repressionen.

Die letzte Razzia in den Büros von *Addameer* fand 2019 statt, wobei Soldaten „Computer, Festplatten, Akten und Ausrüstung“ beschlagnahmten, „als Teil einer größeren Razzia gegen palästinensische Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Mitarbeiter“, so *Amnesty International* damals.

Israel hat kürzlich Khalida Jarrar, eine Parlamentarierin der PFLP, nach zwei Jahren Haft wegen ihrer Mitgliedschaft in der Gruppe freigelassen.

Jarrar wirkte an der Formulierung des Antrags Palästinas an den Internationalen Strafgerichtshof mit. Während ihrer jahrelangen politischen und Menschenrechtsarbeit „wurde sie systematisch vom israelischen Besatzungsregime schikaniert und zur Zielscheibe gemacht“, heißt es bei *Addameer*, wo sie als Generaldirektorin tätig war.

„Die Behörden haben nie behauptet, dass sie persönlich in bewaffnete Aktivitäten verwickelt war“, so *Human Rights Watch*.

Der Staat Israel plant derzeit, Salah Hammouri, einen palästinensisch-französischen Menschenrechtsverteidiger und *Addameer*-Anwalt, der in Jerusalem geboren und aufgewachsen ist, wegen seines „Treuebruchs“ gegenüber dem Apartheidstaat zu exilieren.

### **Ein „Angriff direkt auf die palästinensische Existenz“**

Die Einstufung als Terrorgruppe wird die Unterdrückung, der palästinensische Menschenrechtsverteidiger seit langem ausgesetzt sind, noch verschärfen und „die Aktivitäten dieser zivilgesellschaftlichen Gruppen effektiv illegalisieren“, erklärten *Amnesty International* und *Human Rights Watch* am Freitag.

„Das ermächtigt die israelischen Behörden, deren Büros zu schließen, ihr Vermögen zu beschlagnahmen, ihre Mitarbeiter zu verhaften und zu inhaftieren, und es verbietet die Finanzierung oder auch nur die öffentliche Unterstützung ihrer Aktivitäten“, fügten die Rechtsgruppen hinzu.

*B'Tselem*, eine israelische Menschenrechtsgruppe, erklärte, die Benennung sei „charakteristisch für totalitäre Regime, mit dem klaren Ziel, solche Organisationen auszuschalten“.

*Adalah*, eine Gruppe, die sich für die Rechte der Palästinenser innerhalb des Staates Israel einsetzt, bezeichnete den Schritt als „Angriff auf die palästinensische Existenz selbst und das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung“.

Die Gruppe fügte hinzu, dass die Einstufung „eine politische Verfolgung unter dem Vorwand der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung darstelle, während sie Tausende von Palästinensern in direkte und unmittelbare Gefahr bringe“.

**Die US-Kongressabgeordneten Ilhan Omar, Mark Pocan und Betty McCollum verurteilten den Schritt ebenfalls:**

Ilhan Omar auf Twitter:

Einflussreiche Nichtregierungsorganisationen als „Terroristen“ zu bezeichnen, ist eine Lehrbuchmethode, um sich der Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen zu entziehen - und ein Affront gegen alle, denen der Frieden am Herzen liegt.

Die USA und die internationale Gemeinschaft müssen gegen dieses dreiste Vorgehen unverzüglich Konsequenzen ziehen.

Mark Pocan auf Twitter:

Israel sollte seine Grundsatzentscheidung, palästinensische Bürgerrechtsorganisationen als terroristische Gruppen zu bezeichnen, zurücknehmen. Viele dieser Organisationen setzen sich für den Frieden in der Region ein und sind deutliche Kritiker der Hamas und der PA.

Betty McCollum auf Twitter:

Ich schließe mich @amnesty an und verurteile die Entscheidung, palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen als „terroristische Gruppen“ zu bezeichnen.

### **Koordinierte Verleumdungskampagne**

Die Einstufung als Terrororganisation ist Israels jüngster Schritt in einem mit Lobbygruppen abgestimmten Versuch, internationale Finanzierungsquellen für Organisationen zu sperren, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen.

Vergangenes Jahr unternahmen Lobbygruppen in den Niederlanden eine Verleumdungskampagne gegen die *United Agricultural Work Committees* und *Al Mezan*, eine palästinensische Menschenrechtsgruppe mit Sitz in Gaza, die ebenfalls eng mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeitet.

Ein Großteil der Informationen stammte von rechtsextremen israelischen Organisationen, insbesondere von *NGO Monitor*, einer Institution, die, wie selbst die niederländische Regierung einräumte, mit „vagen“ Anschuldigungen arbeitet, um Druck auf Menschenrechtsorganisationen und Spender mit Schwerpunkt Palästina auszuüben.

Trotzdem gab die niederländische Regierung den Verleumdungen nach und setzte im vergangenen Jahr die Finanzierung der *United Agricultural Work Committees* bis zu einer externen Überprüfung aus.

Bis Februar waren diese Mittel noch nicht wieder freigegeben worden, obwohl das niederländische Außenministerium einräumt, dass die Zurückhaltung der Gelder den palästinensischen Bauern und Arbeitern im so genannten Gebiet C schadet.

Das Gebiet C umfasst etwa 60 Prozent der besetzten Westbank, die nach wie vor unter vollständiger israelischer Militärkontrolle steht und den Schwerpunkt der israelischen Kolonisierungsbemühungen und Annexionspläne bildet.

Aus der Sicht des Staates Israel und seiner Lobbygruppen ist es jedoch ein großer Erfolg, den *United Agricultural Work Committees (UAWC)* das Geld zu entziehen und die Möglichkeiten der Palästinenser, auf ihrem Land zu bleiben, zu beschränken - ein Erfolg, den sie zweifellos wiederholen wollen, indem sie die *UAWC* und andere palästinensische Organisationen erneut angreifen.

Für diese Taktik gibt es einen Präzedenzfall: 2010 erklärte das israelische Verteidigungsministerium das Palästinensische Rückkehrzentrum für „illegal“. Es behauptete, die in London ansässige

Interessengruppe sei „an der Initiierung und Organisation radikaler und gewalttätiger Aktivitäten gegen Israel beteiligt“.

Die aufsehenerregenden öffentlichen Anschuldigungen seitens des Staates Israel waren jedoch durch keinerlei Beweise untermauert.

„Die israelische Regierung hat gegenüber dem Außenministerium keine Bedenken wegen des Palästinensischen Rückkehrzentrums geäußert“, erklärte ein Sprecher der britischen Regierung damals gegenüber der Jerusalem Post.

„Wenn sie [Israel] ihre Bedenken äußern oder uns Beweise für illegale Aktivitäten vorlegen würden, würden wir die Angelegenheit natürlich in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden im Vereinigten Königreich untersuchen“, so das Außenministerium.

Mehr als ein Jahrzehnt später gibt es keinen Hinweis darauf, dass eine solche Untersuchung jemals stattgefunden hat.

Das *Palestinian Return Centre* tut weiterhin das, was es schon immer getan hat: Es organisiert Bildungsaktivitäten, darunter auch Veranstaltungen im britischen Parlament, die die Rechte der Palästinenser zum Thema haben.

### **„Die Besatzer müssen zur Rechenschaft gezogen werden“**

Shawan Jabarin, der Direktor von *Al-Haq*, der von Israel mit Reiseverboten und Morddrohungen bedrängt wurde, forderte die israelischen Behörden am Freitag auf, ihre Behauptungen zu beweisen.

„Sie können uns vielleicht schließen. Sie können unsere Finanzmittel beschlagnahmen. Sie können uns verhaften. Aber sie können uns nicht von unserer festen und unerschütterlichen Überzeugung abbringen, dass diese Besatzung für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden muss“, äußerte Jabarin gegenüber israelischen Medien.

Vor seiner Tätigkeit als Direktor der 1979 gegründeten *Al-Haq*, einer der ältesten arabischen Menschenrechtsorganisationen, wurde Jabarin von Israel inhaftiert und gefoltert, wobei sich der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter und der niederländische Außenminister Maxime Verhagen für ihn einsetzten.

Während die weltweite Solidarität mit Palästina wächst, haben sich die Beziehungen zwischen Tel Aviv und Washington und den europäischen Staaten durch Waffengeschäfte sowie Forschungs- und Entwicklungszuschüsse gefestigt und eine Atmosphäre der Straffreiheit geschaffen.

Der israelische Angriff auf palästinensische Menschenrechtsorganisationen kommt daher zu einem Zeitpunkt, an dem Tel Aviv mehr als sonst darauf vertrauen kann, dass es ungestraft davonkommt.

Nach dem israelischen Regierungswechsel zu Beginn dieses Jahres - ein Spiel mit den Stühlen, das keine Änderung der Politik mit sich bringt - scheinen die europäischen Staaten um die Gunst Israels zu wetteifern.

Unterdessen geht Schweden im eigenen Land unter dem Vorwand der Bekämpfung des Antisemitismus gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung vor.

Gantz' Anordnung zum Verbot der Menschenrechtsgruppen - einschließlich der zuvor von den Niederlanden finanzierten *United Agricultural Works Committees* - kommt nur wenige Tage, nachdem er ein Abkommen über „Sicherheitskooperation“ mit dem niederländischen Verteidigungsministerium unterzeichnet hat. Erst vor wenigen Monaten hatte die niederländische Regierung Verträge über israelische Waffensysteme im Wert von mehr als 100 Millionen Dollar abgeschlossen, die wahrscheinlich an Palästinensern getestet wurden.

Der Auftrag erging zu einem Moment, in dem sich Kampfflugzeuge aus den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Griechenland und Indien zu gemeinsamen Übungen in Israel aufhielten.

Sie trainieren an der Seite derselben israelischen Luftwaffe, die noch vor wenigen Monaten ganze palästinensische Familien bei gezielten Bombenangriffen auf ihre Häuser im Gazastreifen auslöschte.

Sogar Schweden, das sich lange Zeit als Verfechter der Rechte der Palästinenser darstellte, erklärte, es wolle „die Seite wechseln und das nächste Kapitel schreiben“ in seinen zunehmend komfortablen Beziehungen zum Staat Israel.

Die Chefanklägerin des IStGH betonte damals, dass Personen, die in diese mutmaßlichen Kriegsverbrechen verwickelt sind, im Zuge der Ermittlungen des Tribunals zur Rechenschaft gezogen werden können.

#### **Kommentare zur Terrorismus-Einstufung:**

*Oxfam*, besetzte Gebiete, am 22. Oktober 2021 auf Twitter:

Palästinensische Organisationen der Zivilgesellschaft sind unerbittlichen Angriffen ausgesetzt, wobei sie erneut Ziel von Delegitimierungskampagnen der israelischen Regierung sind. Dieser jüngste Schritt ist Teil eines alarmierenden Trends, der darauf abzielt, diejenigen zu verfolgen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren.

*B'Tselem* am 22. Oktober 2021 auf Twitter:

2. Aber Krieg ist nicht Frieden, Unwissenheit ist nicht Stärke - und die derzeitige israelische Regierung steht nicht für einen Wandel, sondern vielmehr für die Fortsetzung des gewalttätigen Apartheidregimes, das seit vielen Jahren zwischen Jordan und Mittelmeer besteht.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/israel-declares-war-palestinian-rights-groups/34166>